

Henryk Polak: Szkolnictwo i oświata polska w Wolnym Mieście Gdańsku 1920—1939. [Schulen und polnisches Bildungswesen in der Freien Stadt Danzig 1920—1939.] (Gdańskie Towarzystwo Naukowe, Wydział I: Nauk społecznych i humanistycznych, Seria monografii, Nr. 62.) Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Wydawnictwo. Danzig 1978. 210 S.

Bei der Volkszählung vom 1. November 1923 wurden im Gebiet der annähernd 2000 qkm umfassenden Freien Stadt Danzig insgesamt 366 730 ortsansässige Personen festgestellt, von denen 348 943 (= 95 v.H.) Deutsch, 1629 Deutsch und eine andere Sprache (0,4 v.H.), 12 027 Polnisch oder Kaschubisch (3,3 v.H.), 2628 Russisch oder Ukrainisch, 602 Jiddisch oder Hebräisch, 1351 eine andere Sprache als ihre Muttersprache angegeben hatten. Von der ortsansässigen Bevölkerung besaßen jedoch nur 335 921 Personen die Danziger Staatsangehörigkeit, von denen 327 827 Deutsch, 5239 Polnisch oder Kaschubisch, 2529 Russisch oder Ukrainisch als ihre Muttersprache angegeben hatten. Nach Artikel 104 Ziffer 5 des Versailler Vertrages von 1919 sollte zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig ein Abkommen darüber geschlossen werden, „daß in der Freien Stadt Danzig kein benachteiligender Unterschied gemacht werde zum Schaden polnischer Staatsangehöriger oder Personen polnischer Abstammung oder Sprache“. Dazu verpflichtete sich die Freie Stadt Danzig in den Abkommen vom 9. November 1920 in Paris und vom 24. Oktober 1921 in Warschau sowie im Genfer Minderheitenabkommen vom 1. September 1923 und richtete auf Grund des Danziger Schulgesetzes vom 20. Dezember 1921 zunächst drei öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache in Danzig, Zoppot und Saspe ein. Später folgte die Bildung einzelner Klassen mit polnischer Unterrichtssprache an bestehenden Danziger Volksschulen sowie dreier Abteilungen an den Dorfschulen Lamenstein, Postelau und Gr. Trampken, an denen 1931 insgesamt 1205 Schüler in 26 Klassen von 26 Lehrern unterrichtet wurden. Weitere Zugeständnisse für die polnische Minderheit brachte das Warschauer Abkommen vom 18. September 1933 auf Weisung Hitlers, der Polen u.a. den Vorschlag gemacht hatte, künftig alle Streitigkeiten um Danzig durch unmittelbare Verhandlungen ohne den Völkerbund zu regeln. Die Folge war ein weiterer Ausbau des öffentlichen Minderheitenschulwesens mit polnischer Unterrichtssprache auf 31 Klassen und vier Unterrichtsabteilungen (Gr. Trampken, Postelau, Piekel, Zippkau). Da die Regierung des Freistaates sich auf Einrichtung und Unterhaltung von Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache beschränkte, betrieb die polnische Minderheit der Freien Stadt unter überaus tatkräftiger Führung ihres Schulvereins „Macierz Szkolna“ [Schulmutter] den Ausbau eines privaten Schulwesens. So entstand schon 1922 das polnische Gymnasium in der ehemaligen Telegrafenkaserne in Danzig-Petershagen, dem später eine Mittelschule, Handels- und Höhere Handelsschule, Konservatorium, Fortbildungs- und Berufsschule sowie sieben private Volksschulen folgten, auch 20 Kinderhorte, zu deren Einrichtung man u.a. acht Dominikanerinnen aus Polen geholt hatte.

Für die Bildungsarbeit im polnischen Sinne sorgte außerhalb der Schule ein Polnischer Kulturrat mit zahlreichen Vereinen und Einrichtungen, die von der polnischen Eisenbahnverwaltung, der polnischen Post und Postsparkasse, der British and Polish Trade Bank und anderen polnischen Betrieben gefördert wurden. So war man seit Gründung der Freien Stadt Danzig von polnischer Seite eifrig um eine möglichst weitgehende Verbreitung der polnischen Sprache und Kultur bemüht, während andererseits die Bestrebungen der Danziger Re-

gierung auf die Wahrung ihrer eigenstaatlichen Souveränität gerichtet sein mußten.

Diese Vorgänge beschreibt der Vf. eingehend mit vielen interessanten Einzelheiten in fünf Kapiteln, wobei Kap. 1 die polnische Minderheit in ihrer Lage und Wirksamkeit im allgemeinen behandelt, Kap. 2 das Schulwesen dieser Minderheit in seiner Entwicklung seit 1920 in der Auseinandersetzung mit den Danziger Behörden, Kap. 3 die vom Senat der Freien Stadt eingerichteten öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache (die sog. Senatschulen), Kap. 4 die Privatschulen und Kap. 5 die polnische Bildungsarbeit und Kulturpropaganda im Gebiet der Freien Stadt Danzig außerhalb der Schulen. Ein Eingehen auf gewisse Äußerungen dieser polnischen Kulturpropaganda erscheint hier überflüssig. Das Werk beschließt ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie eine Inhaltsangabe in deutscher Sprache.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Marek Andrzejewski: Socjaldemokratyczna Partia Wolnego Miasta Gdańska 1920—

1936. [Die Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig 1920—1936.] (Gdańskie Towarzystwo Naukowe, Wydział I: Nauk społecznych i humanistycznych, Seria monografii, Nr. 74.) Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Wydawnictwo, Oddział w Gdańsku. Breslau, Danzig 1980. 244 S., russ. u. deutsche Zufass..

Marek Andrzejewski, der im verganenen Jahrzehnt mit mehreren Veröffentlichungen zur Geschichte der Freien Stadt Danzig an die Öffentlichkeit getreten ist, von denen vier die Danziger Sozialdemokraten behandeln, hatte sich für die hier angezeigte Arbeit die Aufgabe gestellt, „die in der Freien Stadt Danzig wirkende SPD“ in ihrer Innenpolitik und ihrem Verhalten zu Polen und zum Deutschen Reich zu charakterisieren. Dazu bediente er sich neben den reichlich vorhandenen gedruckten Darstellungen zu diesem Thema auch archivalischer Quellen, vor allem zeitgenössischer Presseveröffentlichungen in ihren verschiedenen parteipolitischen Schattierungen. Einer knappen Einleitung folgen in seiner Darstellung sieben Hauptabschnitte mit einer kurzen Schlußbetrachtung. Kap. I umreißt zunächst die Entwicklung der Danziger Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, anschließend deren Wandlungen in den folgenden Kriegsjahren, schließlich die Stellung von SPD, USPD und KPD zwischen der November-Revolution von 1918 und dem 15. November 1920, dem Gründungstag der unter den Schutz des Völkerbundes gestellten Freien Stadt Danzig. Der folgende Hauptabschnitt ist den Danziger parteipolitischen Verhältnissen der Jahre 1920 bis 1922 gewidmet, in denen nach dem Zusammenschluß von SPD und USPD am 24. September 1922 in Nürnberg am 18. November 1922 es auch in Danzig zum Zusammenschluß dieser beiden Parteien gekommen ist. In ähnlicher Weise wird das Verhalten der Danziger SPD in den Kapiteln III und IV für die Jahre 1923—1926 und 1927—1930 bei den wechselnden Danziger Regierungen, an denen die SPD mehrfach beteiligt war, beschrieben. Eine Wende der parteipolitischen Stärkeverhältnisse brachte die Danziger Volkstagswahl vom 14. September 1930, wobei die NSDAP 16 Mandate gewann. Nach dem Rücktritt von Heinrich Sahn als Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig wurde Anfang Januar 1931 Ernst Ziehm zu seinem Nachfolger gewählt. Die Haltung der SPD in den Jahren der schnell wachsenden Bedeutung der NSDAP von 1930—1933 untersucht A. in Kap. V. Das folgende